

**Presseinformation****01. August 2024****Antisemitismusbeauftragter Wegner ruft zur Solidarität mit Israel auf: „Gerade jetzt!“**

Anlässlich des Israel-Sonntags der christlichen Kirchen am 04. August ruft der Niedersächsische Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens, Prof. Dr. Gerhard Wegner, zu neuer Solidarität mit Israel auf. „Das Pogrom der Terrororganisation Hamas am 07. Oktober 2023 war nur der Beginn eines Großangriffs auf Jüdinnen und Juden in aller Welt. Noch nie seit dem Ende des 2. Weltkrieges war ihre Existenz so bedroht wie derzeit!“, so Wegner.

Dazu zähle insbesondere die massiv vorangetriebene Delegitimierung des Staates Israel, die sich nicht selten hinter einer angeblich berechtigten Kritik an Israel verberge. „Natürlich darf man Israel kritisieren, nur diese Kritik darf sich nicht auf alle Jüdinnen und Juden beziehen. Tatsächlich aber wird die existenzgefährdende derzeitige Situation nicht wirklich anerkannt und letztlich von Jüdinnen und Juden Passivität und Toleranz gegenüber ihren Mördern eingefordert – ein altes antisemitisches Stereotyp.“, erklärt der Landesbeauftragte. Erschreckend in dieser Hinsicht sei zudem, dass knapp 40% der Deutschen schon vor dem 07. Oktober antisemitischen Sätzen wie „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.“ laut der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zustimmten bzw. ihnen nicht widersprachen.

Wegner kritisiert zudem die Infragestellung Israels in postkolonialen und antirassistischen Debatten: „Im Unterschied zur Situation z.B. in Südafrika oder Namibia haben in Palästina Verfolgte ein Heimatland gegründet, um überhaupt einen Ort in der Welt zu haben, an dem Jüdinnen und Juden sicher leben können. Die europäischen Kolonialmächte haben Verfolgten diese Sicherheit gerade nicht garantieren können. So ist es nicht nur Israels gutes Recht das Land zu verteidigen, sondern die Pflicht demokratischer Länder es dabei zu unterstützen. Die Gefahr eines neuen Holocaust ist real!“

Hinweise (Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung) zum Datenschutz und zu Ihren Rechten finden Sie in unserer Datenschutzerklärung unter https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/service/informationspflichten_nach_der_datenschutzgrundverordnung/datenschutzerklarungen-187333.html

Auf Wunsch werden wir Ihnen die Datenschutzerklärung zusenden.

Nr.

13/2024

Am Waterlooplatz 1
30169 HannoverTel.: (0511) 120-8750
Fax: (0511) 120-99-8751www.mj.niedersachsen.de
E-Mail: antisemitismusbeauftragter@mj.niedersachsen.de